

**No. 37775**

---

**Austria  
and  
Poland**

**Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the Republic of Poland on cooperation regarding voluntary payments by the Republic of Austria to former slave labourers and forced labourers of the National Socialist regime. Vienna, 24 October 2000**

**Entry into force:** *13 December 2000 by notification, in accordance with article 9*

**Authentic texts:** *German and Polish*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Austria, 23 October 2001*

---

**Autriche  
et  
Pologne**

**Accord de coopération entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République de Pologne concernant les paiements volontaires par la République d'Autriche à des personnes autrefois contraintes à l'esclavage et au travail forcé par le régime national-socialiste. Vienne, 24 octobre 2000**

**Entrée en vigueur :** *13 décembre 2000 par notification, conformément à l'article 9*

**Textes authentiques :** *allemand et polonais*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Autriche, 23 octobre 2001*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

#### ABKOMMEN

**zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes**

DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG UND DIE REGIERUNG DER REPUBLIK POLEN,

im folgenden „die Vertragsparteien“ genannt.

IN DER ERKENNTNIS, daß Diktatur und Krieg den Fremdenhaß, die Unfreiheit, Rassismus, Intoleranz und Massenmord brachten und daß die Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Verbrechens des Holocaust, der Völkermord an slawischen und anderen Völkern Mahnung zu ständiger Wachsamkeit gegen alle Formen von Diktatur und Totalitarismus sind,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß nur durch Gerechtigkeit und Versöhnung dauerhafte Stabilität und ein friedliches und sicheres Miteinander gewährleistet werden können sowie das Wissen und die Sensibilität für die Strukturen und Mechanismen des nationalsozialistischen Unrechtssystems den künftigen Generationen als Mahnung für die Zukunft weitergegeben werden müssen.

VON DEM WUNSCH GELEITET, Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen, um ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiete der heutigen Republik Österreich eine freiwillige Leistung der Republik Österreich unter Berücksichtigung der Verantwortung der betroffenen Unternehmen zu geben.

IN DER ERKENNTNIS, daß durch diese freiwillige Leistung der Republik Österreich ein wesentlicher Beitrag zu Versöhnung, Frieden und Verständigung der Völker in Europa gesetzt wird.

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

##### Artikel 1

###### Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) bezeichnet der Begriff „Fonds“ den durch österreichisches Bundesgesetz eingerichteten Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds).

(2) bezeichnet der Begriff „Stiftung“ die von der Republik Polen gegründete Stiftung „Deutsch-Polnische Aussöhnung“.

##### Artikel 2

###### Gegenstand des Abkommens

Die Österreichische Bundesregierung wird den Fonds veranlassen, in einem Höchstmaß von OS 550 Millionen über die Stiftung einmalige finanzielle Beiträge an natürliche Personen zu leisten, die vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportiert und zur

Sklaven- oder Zwangsarbeit verpflichtet wurden, im Zeitpunkt ihrer Deportation polnische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Republik Polen hatten.

#### Artikel 3

##### Grundsätze für den Empfang von Leistungen

(1) Als Leistungsempfänger kommen ehemalige vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportierte Sklaven- oder Zwangsarbeiter, insofern sie keine Leistungen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland erhalten können, in Betracht, nämlich

- a) Sklavenarbeiter (ÖS 105 000),
- b) Zwangsarbeiter in der Industrie (ÖS 35 000),
- c) Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft (ÖS 20 000),
- d) mitdeportierte Kinder und Minderjährige vor Vollendung des zwölften Lebensjahres und Kinder, die während des Zwangsarbeitseinsatzes ihrer Mutter auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geboren wurden (je nach Kategorie der Eltern) und
- e) weibliche Zwangsarbeiter, die Kinder in Ostarbeiterinnenentbindungsheimen zur Welt brachten oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden (zusätzlich ÖS 5 000),

die im Zeitpunkt ihrer Deportation polnische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Republik Polen hatten.

(2) Leistungen sind höchstpersönlich und ausdrücklich zu beantragen. Personen, deren vollständige und überprüfte Unterlagen über die von ihnen geleistete Sklaven- und Zwangsarbeit sich im Besitz der Stiftung befinden, sind nicht verpflichtet, neue Anträge auf Auszahlungen einzureichen. Ist der Leistungsberechtigte am oder nach dem 15. Februar 2000 verstorben, treten an seine Stelle die Erben nach polnischem Recht. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen gemäß diesem Abkommen besteht nicht.

(3) Der Antragsteller hat die Leistungsvoraussetzungen durch Urkunden nachzuweisen oder auf andere Weise glaubhaft zu machen. Beim Empfang der Leistung ist eine Erklärung abzugeben, daß auf die Geltendmachung von Forderungen gegen die Republik Österreich und österreichische Unternehmen und gegen die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Unternehmen für Sklaven- und Zwangsarbeit gemäß diesem Abkommen unwiderruflich verzichtet wird.

(4) Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Republik Polen informieren einander gesondert über die Einzelheiten der Regelung für Empfang und Umfang der Leistungen.

#### Artikel 4

##### Grundsätze für die Erbringung der Leistung

(1) Die Auszahlung der vom Fonds zur Verfügung gestellten Mittel erfolgt durch die Stiftung. Mittel des Fonds werden je nach Bedarf innerhalb kürzest möglicher Frist auf Grund der von der Stiftung übermittelten und vom Fonds stichprobenartig überprüften Listen der Personen gemäß den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Kategorien, die die Leistungsvoraussetzungen erfüllen, zugewiesen.

(2) Die Zahlungen erfolgen in konvertibler Währung (Devisen) auf das Konto der Stiftung, das die Regierung der Republik Polen der Österreichischen Bundesregierung angeben wird.

(3) Die Regierung der Republik Polen verpflichtet sich, Leistungen nach diesem Abkommen von allen Abgaben, Steuern und Gebühren zu befreien, die Leistungen ohne Abzüge weiterzugeben und insbesondere keine Minderung von Einkünften der Leistungsberechtigten aus dem System der sozialen Sicherheit, dem Gesundheitswesen oder aus anderen Bereichen herbeizuführen.

(4) Die Stiftung wird dafür Sorge tragen, daß Personen, deren Anträge auf Leistungen sie abgewiesen hat, die Möglichkeit der Anrufung einer Beschwerdestelle der Stiftung eingeräumt wird.

(5) Im Interesse größtmöglicher Transparenz bei der Durchführung dieses Abkommens ist eine entsprechende regelmäßige internationale Wirtschaftsprüfung der Stiftung vorzusehen, deren Auswahl im Einvernehmen zwischen Stiftung und Fonds zu treffen ist. Die anfallenden Kosten werden vom Fonds übernommen.

(6) Bei der Gewährung der Leistung ist Vorsorge zu treffen, daß die österreichische Herkunft der Mittel und der Leistungszweck gegenüber den Leistungsberechtigten und der Öffentlichkeit entsprechend betont werden.

(7) Einzelheiten der Leistungserbringung sind in Verträgen zwischen dem Fonds und der Stiftung zu regeln. In diesen Verträgen ist auch die Übernahme der angemessenen Deckung der bei der Stiftung

entstehenden Personal- und Sachkosten durch Mittel des Fonds zu regeln. Weiters ist sicherzustellen, daß es bei Sklaven- und Zwangsarbeit, die teilweise sowohl im Leistungsbereich der deutschen Stiftung als auch in jenem des Fonds geleistet wurde, zu keinen Doppelzahlungen kommt.

#### **Artikel 5**

##### **Datenschutz**

(1) Die Stiftung und der Fonds sind berechtigt, von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen Auskünfte einzuholen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Eine Auskunftserteilung unterbleibt, soweit besondere gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen oder die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen des Betroffenen die berechtigten Informationsinteressen der Stiftung oder des Fonds überwiegen.

(2) Die eingeholten Auskünfte dürfen nur für die Erfüllung der Zwecke nach diesem Abkommen, personenbezogene Daten eines Antragstellers nur für das Verfahren zur Leistungsgewährung verwendet werden. Die Verwendung dieser Daten für andere Zwecke ist zulässig, wenn der Antragsteller ausdrücklich zustimmt.

#### **Artikel 6**

##### **Vertretung**

(1) Die Regierung der Republik Polen kann einen Vertreter als Mitglied in das Kuratorium des Versöhnungsfonds entsenden.

(2) Die Regierung der Republik Polen wird dafür Sorge tragen, daß vom Fonds zu benennenden Personen gestattet wird, in die Arbeiten der Stiftung, die mit der Durchführung dieses Abkommens zusammenhängen, Einsicht zu nehmen.

#### **Artikel 7**

##### **Rechtssicherheit**

Die Republik Polen wird weitere Forderungen gegenüber der Republik Österreich oder österreichischen Unternehmen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit unter dem nationalsozialistischen Regime auf dem heutigen Gebiet der Republik Österreich nicht geltend machen und weder vertreten noch unterstützen.

#### **Artikel 8**

##### **Anträge früherer oder heutiger polnischer Staatsbürger außerhalb des Abkommens**

Dieses Abkommen berührt nicht die Möglichkeit früherer oder heutiger polnischer Staatsbürger, die nicht unter dieses Abkommen fallen, Anträge direkt an den Fonds zu richten.

#### **Artikel 9**

##### **Inkrafttreten**

Dieses Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem die letzte schriftliche Mitteilung in Empfang genommen wird, mit denen die Vertragsparteien einander über die Erfüllung der innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens in Kenntnis gesetzt haben.

GESCHEHEN zu Wien, am 24. Oktober 2000, in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Österreichische Bundesregierung:

**Dr. Wolfgang Schüssel**

Für die Regierung der Republik Polen:

**Dr. Jerzy Kranz**

[ POLISH TEXT — TEXTE POLONAIS ]

## **UMOWA**

**MIĘDZY AUSTRIACKIM RZĄDEM FEDERALNYM  
A RZĄDEM RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ**

**SPÓŁPRACY W DZIEDZINIE DOBROWOLNYCH ŚWIADCZEŃ  
REPUBLICKI AUSTRII NA RZECZ BYŁYCH ROBOTNIKÓW NIEWOLNICZYCH  
I ROBOTNIKÓW PRZYMUSOWYCH REŻIMU  
NARODOWOSOCJALISTYCZNEGO**

AUSTRIACKI RZĄD FEDERALNY I RZĄD RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ,

zwane dalej "Stronami Umowy",

UZNAJĄC, że dyktatura i wojna przyniosły nienawiść do obcych, niewolę, rasizm, nietolerancję i masowe mordy, że niepowtarzalny i nieporównywalny charakter zbrodni holocaustu oraz ludobójstwo na narodach słowiańskich i innych stanowią wezwanie do stałej czujności wobec wszelkich form dyktatury i totalitaryzmu,

PRZEKONANE, że trwała stabilność i pokojowe oraz bezpieczne współistnienie mogą być zapewnione jedynie przez sprawiedliwość i pojednanie oraz, że wiedza i uwrażliwienie na struktury i mechanizmy narodowosocjalistycznego systemu bezprawia muszą być przekazane przyszłym pokoleniom jako przestroga na przyszłość,

KIERUJĄC SIĘ pragnieniem takiego ukształtowania współpracy między Stronami Umowy, aby byłym robotnikom niewolniczym i robotnikom przymusowym reżimu narodowosocjalistycznego na terytorium dzisiejszej Republiki Austrii przyznać dobrowolne świadczenia Republiki Austrii, przy uwzględnieniu odpowiedzialności odnośnych przedsiębiorstw,

ŚWIADOME, że poprzez niniejsze dobrowolne świadczenie Republiki Austrii wniesiony zostaje istotny wkład w pojednanie, pokój i porozumienie narodów w Europie.

UZGODNIŁY, CO NASTĘPUJE:

**Artykuł 1**

**Definicje**

Dla celów niniejszej Umowy:

1. określenie "Fundusz" oznacza ustanowiony na mocy austriackiej ustawy federalnej Fundusz na rzecz dobrowolnych świadczeń Republiki Austrii dla byłych robotników niewolniczych i robotników przymusowych reżimu narodowosocjalistycznego (Fundusz Pojednania).
2. określenie "Fundacja" oznacza ustanowioną przez Rzeczpospolitą Polską Fundację "Polsko-Niemieckie Pojednanie".

**Artykuł 2**

**Przedmiot Umowy**

Austriacki Rząd Federalny ustanowi Fundusz, który - za pośrednictwem Fundacji - wypłaci jednorazowe świadczenia finansowe w maksymalnej wysokości 550 milionów szylingów austriackich na rzecz osób fizycznych deportowanych przez reżim narodowosocjalistyczny na terytorium dzisiejszej Republiki Austrii, które zostały zobowiązane do pracy niewolniczej lub przymusowej, i które w momencie deportacji były obywatelami polskimi, a w dniu 15 lutego 2000 roku miały stałe miejsce zamieszkania w Rzeczypospolitej Polskiej.

**Artykuł 3**

**Zasady otrzymywania świadczeń**

1. Uprawnionymi do otrzymania świadczeń są byli robotnicy niewolniczy i robotnicy przymusowi, deportowani przez reżim narodowosocjalistyczny na terytorium dzisiejszej Republiki Austrii, o ile nie mogą otrzymać świadczeń z tytułu byłej pracy niewolniczej lub

pracy przymusowej od Fundacji "Pamięć, Odpowiedzialność i Przyszłość" Republiki Federalnej Niemiec, a mianowicie:

- a) robotnicy niewolniczy (105.000 szylingów austriackich),
- b) robotnicy przymusowi w przemyśle (35.000 szylingów austriackich),
- c) robotnicy przymusowi w rolnictwie (20.000 szylingów austriackich),
- d) deportowane wraz z rodzicami dzieci i małoletni przed ukończeniem 12-ego roku życia oraz dzieci urodzone na terytorium dzisiejszej Republiki Austrii w okresie wykonywania przez matkę pracy przymusowej (odpowiednio do kategorii rodziców), oraz
- e) robotnice przymusowe, które urodziły dzieci w tak zwanych domach położniczych dla robotnic ze Wschodu albo zostały przymuszone do przerwania ciąży (dodatkowo 5.000 szylingów austriackich),

którzy w momencie deportacji byli obywatelami polskimi, a w dniu 15 lutego 2000 roku mieli stałe miejsce zamieszkania w Rzeczypospolitej Polskiej.

2. Wnioski w sprawie świadczenia należy zgłaszać osobiście i wyraźnie. Do ponownego zgłaszania wniosków o wypłatę nie są zobowiązane osoby, których pełna i zweryfikowana dokumentacja o świadczonej przez nie pracy niewolniczej lub pracy przymusowej znajduje się w posiadaniu Fundacji. Jeżeli uprawniony zmarł w dniu 15 lutego 2000 roku lub później, prawo do świadczenia przechodzi na spadkobierców zgodnie z prawem polskim. W odniesieniu do świadczeń objętych niniejszą Umową nie istnieje roszczenie prawne.

3. Wnioskodawca musi udokumentować lub w inny sposób uwiarygodnić istnienie przesłanek do otrzymania świadczenia. Przy otrzymaniu świadczenia składa się oświadczenie o nieodwołalnym zrzeczeniu się dochodzenia wobec Republiki Austrii lub austriackich przedsiębiorstw oraz Republiki Federalnej Niemiec lub przedsiębiorstw niemieckich roszczeń z tytułu pracy niewolniczej lub pracy przymusowej objętych niniejszą Umową.

4. Austriacki Rząd Federalny i Rząd Rzeczypospolitej Polskiej informują się odrębnie o szczegółach uregulowań dotyczących otrzymywania i zakresu świadczeń.

#### Artykuł 4

##### Zasady przekazywania świadczeń

1. Wypłata środków udostępnionych przez Fundusz następuje za pośrednictwem Fundacji. Środki Funduszu przekazywane będą w zależności od potrzeb w możliwie najkrótszym terminie na podstawie przedłożonych przez Fundację i sprawdzonych wyrywkowo przez Fundusz list osób według kategorii określonych w artykule 3 ustęp 1, które spełniają przesłanki do otrzymania świadczeń.
2. Wypłaty dokonywane są w walucie wymiennej (dewizy) na konto Fundacji wskazane austriackiemu Rządowi Federalnemu przez Rząd Rzeczypospolitej Polskiej.
3. Rząd Rzeczypospolitej Polskiej zobowiązuje się do zwolnienia świadczeń przekazywanych na mocy niniejszej Umowy od wszelkich obciążeń, podatków i opłat oraz do przekazywania świadczeń bez potrąceń. W szczególności świadczenia te nie mogą prowadzić do zmniejszenia osobom uprawnionym przychodów z systemu zabezpieczenia socjalnego, systemu ochrony zdrowia oraz z innych tytułów.
4. Fundacja zadba, aby osobom, których wnioski o świadczenie zostały odrzucone, umożliwić zwrócenie się do instancji odwoławczej Fundacji.
5. Celem zagwarantowania możliwie największej przejrzystości przy realizacji niniejszej Umowy przewiduje się odpowiednią, regularną, międzynarodową kontrolę gospodarczą Fundacji, ustaloną w drodze porozumienia między Fundacją i Funduszem. Stosowne koszty ponosi Fundusz.
6. W toku realizacji świadczeń należy zapewnić, by austriackie pochodzenie środków oraz cel świadczeń zostały należycie przedstawione uprawnionym do otrzymania świadczeń oraz opinii publicznej.
7. Szczegóły przekazywania świadczeń zostaną uregulowane w porozumieniach między Funduszem a Fundacją. Porozumienia te regulować będą także przejęcie przez Fundusz odpowiedniego pokrycia powstających po stronie Fundacji kosztów osobowych i rzeczowych.

Ponadto zapewnione zostanie, by w przypadku pracy niewolniczej lub pracy przymusowej, objętej częściowo świadczeniami Funduszu oraz częściowo fundacji niemieckiej, nie dochodziło do przypadków podwójnych wypłat.

#### **Artykuł 5**

##### **Ochrona danych**

1. Fundacja i Fundusz uprawnione są do uzyskiwania w urzędach i innych instytucjach publicznych informacji niezbędnych do wypełniania swych zadań. Odmawia się udzielenia informacji jeżeli wynika to ze szczególnych przepisów ustawowych lub jeżeli wymagający ochrony poufny interes danej osoby przeważa nad interesem Fundacji lub Funduszu.

2. Uzyskane informacje mogą być użyte jedynie dla realizacji celów niniejszej Umowy, a dane osobowe wnioskodawcy jedynie dla celów procedury przyznawania świadczenia. Użycie tych informacji dla innych celów jest dozwolone jedynie pod warunkiem wyraźnej zgody wnioskodawcy.

#### **Artykuł 6**

##### **Przedstawiciele**

1. Rząd Rzeczypospolitej Polskiej może delegować jednego przedstawiciela jako członka Kuratorium Funduszu Pojednania.

2. Rząd Rzeczypospolitej Polskiej zadba, aby umożliwić osobom wskazanym przez Fundusz wgląd w prace Fundacji związane z realizacją niniejszej Umowy.

#### **Artykuł 7**

##### **Bezpieczeństwo prawne**

Rzeczpospolita Polska nie będzie dochodziła, reprezentowała, ani też popierała dalszych roszczeń wobec Republiki Austrii lub austriackich przedsiębiorstw z tytułu wykonywania w

okresie reżimu narodowosocjalistycznego pracy niewolniczej i pracy przymusowej na dzisiejszym terytorium Republiki Austrii.

**Artykuł 8**

**Wnioski byłych i obecnych obywateli polskich nie objętych Umową**

Umowa niniejsza nie narusza możliwości byłych i obecnych obywateli polskich, nie objętych niniejszą Umową, do zgłaszania wniosków bezpośrednio do Funduszu.

**Artykuł 9**

**Wejście w życie**

Niniejsza Umowa wchodzi w życie w dniu otrzymania ostatniego pisemnego potwierdzenia, w którym Strony Umowy informują się wzajemnie o spełnieniu wewnętrznych przesłanek wejścia Umowy w życie.

SPORZĄDZONO w Wiedniu, dnia 24 października 2000 roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty mają jednakową moc.

Z UPOWAŻNIENIA AUSTRIACKIEGO  
RZĄDU FEDERALNEGO  
Dr. Wolfgang Schüssel

Z UPOWAŻNIENIA RZĄDU  
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ  
Dr. Jerzego Kranza

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT AND  
THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF POLAND ON COOPERATION  
REGARDING VOLUNTARY PAYMENTS BY THE REPUBLIC OF  
AUSTRIA TO FORMER SLAVE LABOURERS AND FORCED LABOURERS  
OF THE NATIONAL SOCIALIST REGIME

The Austrian Federal Government and the Government of the Republic of Poland, hereinafter referred to as "the Contracting Parties",

Recognizing that dictatorship and war resulted in xenophobia, lack of freedom, racism, intolerance and mass murder and that the unique nature and incomparability of the crime of the Holocaust and the genocide against Slavic and other peoples are a warning to maintain constant vigilance against all forms of dictatorship and totalitarianism,

Convinced that lasting stability and peaceful and safe coexistence can be ensured only through justice and reconciliation and that the knowledge and awareness of the structures and mechanisms of the National Socialist system of injustice must be passed on to coming generations as a warning for the future,

Guided by the desire to engender cooperation between the Contracting Parties in order to give former slave labourers and forced labourers of the National Socialist regime in the territory of the present-day Republic of Austria a voluntary payment by the Republic of Austria with account taken of the responsibility of the enterprises concerned,

Recognizing that these voluntary payments by the Republic of Austria constitute an essential contribution to reconciliation, peace and understanding among peoples in Europe,

Have agreed as follows:

*Article 1. Definitions*

For the purposes of this Agreement

1. The term "Fund" means the Fund for Voluntary Payments by the Republic of Austria to Former Slave Labourers and Forced Labourers of the National Socialist Regime (Reconciliation Fund) established under Austrian federal law.

2. The term "Foundation" means the Foundation "German-Polish Reconciliation", established by the Republic of Poland.

*Article 2. Subject of the Agreement*

The Austrian Federal Government shall enable the Fund to make one-time financial contributions in the maximum amount of 550 million Austrian schillings through the Foundation to natural persons who were deported by the National Socialist regime to the territory of the present-day Republic of Austria and coerced into slave labour or forced labour, at the time of their deportation were Polish nationals and on 15 February 2000 had their permanent residence in the Republic of Poland.

*Article 3. Principles for the receipt of payments*

1. Former slave labourers or forced labourers deported by the National Socialist regime to the territory of the present-day Republic of Austria shall be considered payment recipients if they are unable to obtain payments in connection with slave labour or forced labour from the Foundation "Remembrance, Responsibility and the Future" of the Federal Republic of Germany, namely:

- (a) Slave labourers (105,000 Austrian schillings),
- (b) Forced labourers in industry (35,000 Austrian schillings),
- (c) Forced labourers in agriculture (20,000 Austrian schillings),

(d) Accompanying children and minors deported prior to completion of the twelfth year of age and children who were born during the period of forced labour of their mothers in the territory of the present-day Republic of Austria (each in accordance with the category of the parents), and

(e) Female forced labourers who gave birth to children in eastern-worker maternity homes or were forced to terminate their pregnancy (an additional 5,000 Austrian schillings), who, at the time of their deportation, were Polish nationals and on 15 February 2000 had their permanent residence in the Republic of Poland.

2. Payments shall be strictly personal and must be applied for as such. Persons whose complete and verified documents concerning the slave labour or forced labour performed by them are in the possession of the Foundation shall not be obliged to submit further applications for payments. If a person entitled to a payment died on or after 15 February 2000, his heirs under Polish law shall succeed to the entitlement. A legal claim to payments under this Agreement shall not exist.

3. The applicant shall prove through documentation or otherwise establish as credible eligibility for payment. When a payment is received, a declaration shall be made that the advancing of any claim against the Republic of Austria and Austrian enterprises or against the Federal Republic of Germany and German enterprises for slave labour or forced labour under this Agreement is irrevocably renounced.

4. The Austrian Federal Government and the Government of Poland shall separately inform one another about the details of the arrangement for the receipt and size of payments.

*Article 4. Principles for the awarding of payments*

1. The payment of funds made available by the Fund shall be carried out through the Foundation. The funds of the Fund shall be granted according to need within the shortest possible period of time on the basis of the list of persons who fulfil the payment requirements transmitted by the Foundation and checked on a random basis by the Fund in accordance with the categories referred to in article 3, paragraph 1.

2. The payments shall be made in convertible currency (foreign currency) into the Foundation's account, the requisite information on which shall be provided by the Government of Poland to the Austrian Federal Government.

3. The Government of the Republic of Poland shall undertake to exempt the payments under this Agreement from all duties, taxes and fees, to transmit the payments without deductions and, in particular, not to reduce the benefits of eligible persons in the social security system, the health care sector or other areas.

4. The Foundation shall see to it that persons whose payment applications it has rejected will have the possibility to lodge an appeal with an appeals board of the Foundation.

5. In the interest of the greatest possible transparency in the implementation of this Agreement, an appropriate periodic international business audit of the Foundation shall be provided for, the selection of which shall be made by agreement between the foundation and the Fund. The resulting costs shall be assumed by the Fund.

6. In the awarding of payments, measures shall be taken to ensure that the Austrian source of the funds and the purpose of the payments are appropriately emphasized to the eligible persons and the public.

7. The details for the awarding of payments shall be set forth in agreements between the Fund and the Foundation. The assumption of the appropriate coverage of the personnel and non-personnel costs incurred by the Foundation through funds from the Fund shall also be governed by these agreements. Steps shall continue to be taken to ensure that there are no duplicate payments in connection with slave labour and forced labour which were performed partially in both the area of competence of the German Foundation as well as that of the Fund.

#### *Article 5. Data protection*

1. The Foundation and the Fund shall be entitled to obtain from the authorities and other public institutions information that is necessary to carry out their tasks. Information shall not be provided if special legal provisions prohibit this or if secrecy interests of the person concerned that merit protection outweigh the legitimate information interests of the Foundation or the Fund.

2. The information received may be used only for achieving the purposes of this Agreement, and the personal data of an applicant may be used only for the procedure for awarding a payment. The use of these data for other purposes shall be permissible if the applicant has given his express consent.

#### *Article 6. Representation*

1. The Government of the Republic of Poland may send a representative to the Reconciliation Fund's Board of Trustees to serve as a member.

2. The Government of the Republic of Poland shall see to it that the persons to be appointed by the Fund are permitted to familiarize themselves with the work of the Foundation that is related to the implementation of this Agreement.

*Article 7. Legal security*

The Republic of Poland shall not advance, advocate or support further claims against the Republic of Austria or Austrian enterprises in connection with former slave labour or forced labour under the National Socialist regime in the present-day territory of the Republic of Austria.

*Article 8. Applications by former or present-day Polish nationals outside the framework of the Agreement*

This Agreement shall not affect the possibility of former or present-day Polish nationals who do not come under this Agreement to submit applications directly to the Fund.

*Article 9. Entry into force*

This Agreement shall enter into force on the date on which the last written notification has been received through which the Contracting Parties have informed one another about the fulfilment of the domestic requirements for the entry into force of the Agreement.

Done at Vienna on 24 October 2000 in two original copies, each in the German and Polish languages, both texts being equally authentic.

For the Austrian Federal Government:

DR. WOLFGANG SCHÜSSEL

For the Government of the Republic of Poland:

DR. JERZY KRANZ

[TRANSLATION — TRADUCTION]

ACCORD DE COOPÉRATION ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE CONCERNANT LES PAIEMENTS VOLONTAIRES PAR LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE À DES PERSONNES AUTREFOIS CONTRAINTES À L'ESCLAVAGE ET AU TRAVAIL FORCÉ PAR LE RÉGIME NATIONAL-SOCIALISTE

Le Gouvernement de la République fédérale d'Autriche et le Gouvernement de la République de Pologne, ci-après dénommés les "Parties contractantes".

Reconnaissant que la dictature et la guerre ont apporté la haine de l'étranger, l'absence de liberté, le racisme, la guerre et l'extermination et que le caractère exceptionnel et sans comparaison de l'holocauste appelle à une vigilance constante contre toutes les formes de dictature et de totalitarisme,

Convaincus que seul un esprit de justice et de réconciliation peut garantir une stabilité durable et une coexistence pacifique et sûre et que la connaissance et la perception des structures et des mécanismes du système inique national-socialiste doivent être transmises aux générations futures à titre de mise en garde pour l'avenir,

Animés du désir d'instaurer une coopération entre les Parties contractantes afin de garantir de manière générale et définitive, par un paiement volontaire de la République d'Autriche, une indemnisation aux personnes autrefois réduites en esclavage et contraintes au travail forcé par le régime national-socialiste sur le territoire de l'actuelle République d'Autriche compte tenu de la responsabilité des entreprises concernées,

Reconnaissant que, par ce paiement volontaire de la République d'Autriche, une contribution appréciable est apportée à la réconciliation, la paix et la compréhension des peuples d'Europe,

Sont convenus de ce qui suit :

*Article 1. Définitions*

Aux fins du présent Accord,

1. Par "Fonds", on entend le fonds constitué par la loi fédérale autrichienne pour des paiements volontaires de la République d'Autriche aux personnes autrefois réduites en esclavage et contraintes au travail forcé par le régime national-socialiste (fonds de réconciliation).

2. Par "Fondation", on entend la "Fondation germano-polonaise pour la réconciliation" établie par le Gouvernement de la République de Pologne.

*Article 2. Objet de l'Accord*

Il incombera au Gouvernement fédéral autrichien d'effectuer, par l'intermédiaire de la Fondation, des paiements exceptionnels de 550 millions de schillings aux personnes phy-

siques qui ont été déportées par le régime national-socialiste sur le territoire de l'actuelle République d'Autriche pour y être réduites en esclavage ou contraintes au travail forcé, et qui avaient la nationalité polonaise au moment de leur déportation et avaient leur résidence permanente dans la République de Pologne.

### *Article 3. Principes du paiement*

1. Les personnes autrefois réduites en esclavage ou contraintes au travail forcé par le régime national-socialiste et qui ont été déportées sur le territoire de l'actuelle République d'Autriche seront considérées comme destinataires aux paiements si elles ne peuvent pas recevoir de compensation de la Fondation "Souvenir, Responsabilité et Avenir" de la République fédérale allemande, notamment :

(a) les personnes réduites en esclavage (105,000 schillings autrichiens)

(b) les travailleurs forcés dans l'industrie (35,000 schillings autrichiens)

(c) les travailleurs forcés dans l'agriculture (20,000 schillings autrichiens)

(d) les enfants et les mineurs déportés avant qu'ils aient atteint l'âge de 12 ans ou qui sont nés pendant la période de travail forcé de leur mère sur le territoire de l'actuelle République d'Autriche (chacun en conformité avec la catégorie des parents), et

(e) les travailleurs forcés de sexe féminin qui ont accouché dans des maternités pour les travailleurs de l'Est ou qui ont été forcés d'avorter (5,000 schillings supplémentaires) ou qui au moment de leur déportation étaient des ressortissants polonais et qui au 15 février 2000 avaient leur résidence permanente dans la République de Pologne.

2. Les paiements sont strictement personnels et les demandes doivent être effectuées à ce titre. Les personnes dont la Fondation est en possession de documents complets et crédibles établissant qu'elles ont été réduites en esclavage ou qu'elles ont été des travailleurs forcés ne sont pas obligées de présenter d'autres demandes de paiement. Si une personne qui était habilitée à recevoir une compensation meurt le 15 février 2000 ou après, ses héritiers, selon la législation polonaise, ont droit à la compensation. Le présent accord ne permet pas qu'une demande par voie légale soit présentée.

3. Le demandeur doit prouver par une documentation appropriée ou établir de manière crédible qu'il est fondé à demander qu'un paiement lui soit versé. Au moment du versement du paiement, la personne doit faire une déclaration indiquant qu'elle renonce de manière irrévocable à toute réclamation à l'encontre de la République d'Autriche et des entreprises autrichiennes ou à l'encontre de la République fédérale d'Allemagne ou des entreprises allemandes.

4. Le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République de Pologne doivent se communiquer, de manière séparée, les détails de l'arrangement concernant le versement et le volume des paiements.

### *Article 4. Principes du paiement*

1. Les paiements doivent être effectués par l'intermédiaire du Fonds et sous l'égide de la Fondation. Les fonds seront versés en tenant compte des besoins et dans le plus court

délai possible sur la base d'une liste de personnes remplissant les conditions exigées qui a été transmise à la Fondation et qui est vérifiée de manière aléatoire par le Fond conformément aux catégories mentionnées au paragraphe 1 de l'article 3.

2. Les paiements doivent être effectués en monnaie convertible (devise étrangère) au compte de la Fondation au sujet duquel le Gouvernement de la République de Pologne fournira au Gouvernement fédéral autrichien les informations demandées.

3. Le Gouvernement de la République de Pologne doit s'efforcer d'exonérer les paiements de tout droit, taxes ou redevances et de les transmettre à leur bénéficiaire sans aucune déduction et notamment de ne pas réduire la couverture de son système de sécurité sociale, du secteur des soins de santé et autre des personnes éligibles aux compensations du fonds.

4. La Fondation doit s'assurer que les personnes dont les demandes ont été rejetées puissent faire appel devant son conseil d'administration.

5. Afin de garantir la plus grande transparence dans la mise en œuvre du présent Accord, une vérification internationale périodique appropriée des activités financières de la Fondation devrait être prévue dont le processus ferait l'objet d'un accord entre la Fondation et le Fonds. Les coûts y afférant devraient être assumés par le Fonds.

6. En effectuant les paiements des mesures doivent être prises pour garantir que les personnes éligibles et le public sont informées de manière appropriée des sources autrichiennes du Fonds et du but des paiements.

7. Les détails du versement des paiements devront être établis dans des accords entre le Fonds et la Fondation. Le principe de la couverture appropriée des coûts du personnel et du non-personnel encourus par la Fondation au moyen de la trésorerie du Fonds doit être également régi par ces accords. Des mesures continueront à être prises pour s'assurer que les paiements ne sont pas versés plusieurs fois pour un travail forcé qui aurait été effectué partiellement dans les deux domaines de compétence de la Fondation allemande et du Fonds.

#### *Article 5. Protection des informations*

1. La Fondation et le Fonds sont autorisés à se procurer, auprès des autorités et d'autres institutions publiques, les renseignements dont ils ont besoin pour s'acquitter de leur tâche. Ces renseignements ne sont pas communiqués si des dispositions particulières du droit l'interdisent ou si l'intérêt qu'à l'intéressé à ce que les renseignements soient tenus secrets l'emportent sur les intérêts légitimes de la Fondation ou du Fonds.

2. Les renseignements ainsi obtenus ne peuvent servir qu'aux fins définies par le présent Accord et les renseignements personnels concernant les demandeurs ne peuvent servir qu'à la procédure de paiement. Ces renseignements peuvent être utilisés à d'autres fins si le demandeur y consent.

#### *Article 6. Représentation*

1. Le Gouvernement de la République de Pologne peut détacher un représentant auprès du conseil d'administration du Fonds en tant que membre.

2. Le Gouvernement de la République de Pologne veillera à ce qu'il soit permis aux personnes qui seront désignés par le Fonds de prendre connaissance des activités de la Fondation qui sont liées à l'exécution du présent Accord.

*Article 7. Protection des droits*

La République de Pologne ne présentera aucune autre réclamation envers la République d'Autriche et des entreprises autrichiennes en raison d'esclavage et de travail forcé sous le régime national-socialiste sur le territoire de l'actuelle République d'Autriche.

*Article 8. Demandes par d'anciens ressortissants polonais en dehors de l'Accord*

Le présent accord n'interdit pas à d'anciens ressortissants polonais qui ne relèvent pas du présent accord de présenter des demandes directement au Fonds.

*Article 9. Entrée en vigueur*

Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du mois qui suivra celui au cours duquel aura été remise la dernière notification par laquelle les Parties contractantes se seront informées de l'accomplissement des formalités de droit interne auxquelles il est subordonné.

Fait à Vienne, le 24 octobre 2000 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et polonaise, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Autriche :

WOLFGANG SCHÜSSEL

Pour le Gouvernement de la République de Pologne :

JERZY KRANZ